

Angesichts der Instabilität der Lage in der Volksrepublik Polen ist es ein gewisses Risiko, im Sommer des Jahres ein Editorial zu einem »Polen-Heft« zu schreiben, das erst im Herbst den Leser erreichen wird. Als wir dieses Heft vor einem knappen Jahr konzipierten, wollten wir es unter das Leitthema »Entstaatlichung der Gesellschaft« stellen. Mit der Errichtung des Militärregimes ist dieses Thema zwar nicht vom Tisch (dies könnten nur sehr kurzsichtige Bürokraten hoffen), taugt aber nicht mehr als leitende Fragestellung für eine Interpretation der polnischen Entwicklung. Wir haben jetzt das Thema »Polen und die Misere des 'realen Sozialismus'« gewählt. Dies meint beides: daß Polen ein Modellfall für den gegenwärtigen Entwicklungsstand gesellschaftlicher Widersprüche in den Ländern sowjetsozialistischen Typs ist und daß Polen doch auch eine Reihe besonderer Merkmale und Merkmalskombinationen aufweist, die das Umschlagen der latenten in eine offene Krise ermöglichen.

Ein gemeinsames Problem aller RgW-Länder scheint es zu sein, daß sie wieder auf Grenzen ihrer ökonomischen Entwicklung stoßen, die nur – wenn überhaupt – durch Eingriffe in die Struktur ihres Vergesellschaftungszusammenhanges zu überwinden wären. Das ist natürlich nicht die erste Krise dieser Art. Bereits Mitte der 50er Jahre traten die in den stalinistischen Vergesellschaftungsprozessen unterdrückten Konflikte offen zutage und führten zu einem ersten Reformschub, damals vorrangig im politischen Bereich. In der ersten Hälfte der 60er Jahre wurde offenbar, daß sich die Wachstumsdynamik des bürokratisch zentralistischen Systems erschöpfte und in allen osteuropäischen Ländern wurden »ökonomische Reformen« – auch als Palliativ gegen weitergehende Strukturveränderungen – eingeleitet. Diese Reformphase kam im Übergang zu den 70er Jahren zu einem Ende. Statt auf »ökonomische Hebel« als Steuerungsinstrument wurde nun wieder stärker auf direkte Anweisungen der Zentralbehörden gesetzt. Daß dies allein keinen Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten bieten würde, war gewiß auch den Führungen der RgW-Staaten bewußt. Sie versuchten deshalb als zusätzlichen Wachstumsfaktor den internationalen Handel und die internationale Arbeitsteilung fruchtbar zu machen: Zum einen durch das RgW-Komplexprogramm von 1971, zum anderen durch die Orientierung aller einzelnen RgW-Länder auf den kapitalistischen Weltmarkt.

Dieser Weltmarkt sollte zweierlei zur Entwicklung der RgW-Ökonomien beisteuern: Kapital und Technologie. Bezahlt werden sollte mit den auf diesem Wege zusätzlich produzierten Waren. Daß dieses Politikmodell weder die kapitalistische Weltmarktkrise noch die systembedingt niedrigere Effizienz der RgW-Wirtschaften eingeplant hatte und deshalb auf irrealen Voraussetzungen basierte, war schon vor der offenen Krise in Polen deutlich, die diesen Sachverhalt nur ins allgemeine Bewußtsein gehoben hat. In den letzten Jahren wurde deshalb bereits versucht, sich aus dieser Verstrickung wieder frei zu machen – allerdings bisher ohne großen Erfolg. Was an die Stelle dieses »Modells« treten soll, ist noch gänzlich unklar.

Selbstverständlich handelte es sich bei den skizzierten Entwicklungen nicht einfach um »Modelle« staatlichen Wirtschaftens, sondern auch um Bewegungsformen des Konflikts zwischen Partei-Staat und Gesellschaft. Die klassisch stalinistische Politik hatte ihr 1953 (DDR; UdSSR) und 1956 (UdSSR; Polen; Ungarn); das politisch reformierte Modell sein 1962 (UdSSR, als bekanntestes Beispiel der Aufstand in Novocerkassk); die Reformperiode ihr 1968 (CSSR) und 1970 (Polen); die Orientierung auf den Weltmarkt schließlich ihr 1980/81. Diese offenen gesellschaftlich-politischen Konflikte hatten immer eine Doppelnatur: Sie signalisierten, daß bedeutende gesellschaftliche Kräfte in der Selbst-Reform des Partei-Staates nur Ansatzpunkte zur Realisierung ihrer Interessen und Aspirationen keineswegs aber deren tatsächliche Befriedigung sahen, daß also mehr Hoffnungen geweckt worden waren, als das System einzulösen bereit war, und sie provozierten auf Seiten des Partei-Staates eine Linien-Änderung, die in der Regel aus einer Kombination von materiellen Zugeständnissen und mehr oder weniger vorsichtigem Anziehen der Schrauben im politischen Bereich bestand. Polen 1981 steht in dieser Tradition und es signalisiert zugleich, daß die alten Mechanismen zu erneuter Herrschaftsstabilisierung nicht mehr funktionieren.

Dies primär natürlich deshalb, weil durch die Tiefe der ökonomischen Krise in Polen, durch die Synchronisation der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den verschiedenen RgW-Staaten und durch die Weltmarktkrise kein Spielraum für materielle Zugeständnisse mehr existiert.

Wäre schon allein das ein Indiz dafür, daß der alte Zyklus von Krise-Reform-Rebellion-Repression-Reform sich in diesem Fall nicht einfach wiederholt bzw. wiederholen läßt, sondern kommen andere Momente hinzu, die auf eine neue Qualität krisenhafter Entwicklung schließen lassen. Es handelt sich ja nicht nur um wirtschaftliche Schwierigkeiten, sondern darüber hinaus um eine fundamentale Legitimationskrise des Systems. Die Bindungskraft des »Marxismus-Leninismus« als Modernisierungsideologie scheint sich in den RgW-Staaten (anders als in weniger entwickelten Gesellschaften der »3. Welt«) aufzulösen. Die in den 60er Jahren als Ersatzideologie propagierte »wissenschaftlich-technische Revolution« ist passé. Zwar wird der Begriff weiterhin verwendet, doch wird dieser Konzeption keine die gesamte Gesellschaft prägende Kraft mehr zugesprochen. Sie hat nun eher den Charakter einer Prognose denn einer Zielkonzeption. Der Zerfall politischer Legitimation hat unmittelbare gesellschaftliche Folgen. In Polen warnte noch vor dem Ausbruch der Streikwelle vom August 1980 eine Reformgruppe aus dem Establishment, daß keine Verbindungsglieder zwischen der gesellschaftlichen Grundeinheit Familie und der Nation als übergreifender Ordnung mehr existierten (»Gruppe Erfahrung und Zukunft«, DiP, in: »Polen - Symptome und Ursachen der polnischen Krise«, Hamburg 1981). Staat, Gewerkschaften und Partei wurden als Vermittlungsorgane nicht mehr angenommen. In dieses politische Vakuum konnten Kirche, regionale Streikkomitees und schließlich die »Solidarność« hineinstoßen. Das Militär wird dieses Vakuum nicht ausfüllen können. Zugleich wurde 1980/81 offenbar, in welchem geringem Maße der Partei-Staat in das gesellschaftliche Denken tatsächlich eingedrungen war. Untersuchungen des Wandels der Wertorientierungen in der polnischen Gesellschaft nach drei Jahrzehnten »real existierendem Sozialismus«, auf die wir an dieser Stelle nur hinweisen können (vgl. das vorzügliche Polen-Heft des »Journal für Sozialforschung«, Wien XXII/1982/1-2), belegen eine erstaunliche Konstanz der Einstellungen. So kann sich der Partei-Staat zwar militärisch gegen die Gesellschaft einigeln, seine Strukturdefizite aber wird er damit nicht bewältigen.

In diesem Heft finden sich zu diesem Problembereich folgende Beiträge: *Ursel Schmiederer* interpretiert das Militärregime als Versuch einer Rettung der alten Herrschaftsstruktur durch den relativ verselbständigten Einsatz der Macht der einzigen Herrschaftsinstitution, die vor dem 13. Dezember 1981 noch einigermaßen intakt geblieben war. Es handelt sich demnach nicht um einen neuen, »militärischen Weg zum Sozialismus«, sondern um die Bewahrung der gegebenen Strukturen des Partei-Staates durch den Einsatz militärischer Mittel.

*Renate Damus* geht in ihrem Beitrag einer These auf den Grund, die sich in der bundesdeutschen Linken und von dort aus auch der bürgerlichen Öffentlichkeit großer Beliebtheit erfreut: Die polnische Krise sei Folge der Ausbeutung durch die Sowjetunion. Diese These, die von dem Parteiökonom Marian Rajski zuerst unter die Leute gebracht wurde, hält einer genauen empirischen Überprüfung nicht stand. Weiterhin zeichnet R. Damus den Weg in die gegenwärtige Krise nach (und setzt damit die Kritik von H. Szlajfer an der Gierkschen Wirtschaftspolitik in Prokla 27, 1977, fort). Ihr Fazit: Die polnische Krise wurde durch äußere Faktoren, insbesondere die Stellung Polens zum kapitalistischen Weltmarkt, zwar verstärkt, wurzelt aber in den Binnenstrukturen des sowjetsozialistischen Modells, dessen Defizite durch eine verfehlte Entwicklungspolitik aktualisiert wurden.

Die polnische Soziologin *Jadwiga Staniszkis*, Dozentin für Soziologie an der Universität Warschau und Beraterin der »Solidarność«, analysiert in ihrem Beitrag (zu dessen Abdruck wir – aus naheliegenden Gründen – ihr Einverständnis nicht einholen konnten) die Entwicklung des Bewußtseins der polnischen Arbeiterklasse. Im Unterschied zu vielen vorchnellen Idealisierungen dieser Klasse, die jetzt auf den Markt drängen, versucht sie Bewußtseinsbarrieren und Ansätze zu ihrer Überwindung sichtbar zu machen. Sie analysiert die semantischen Kompetenzen, die dieser Arbeiterklasse zur Verfügung standen und stehen, ihr in Teilen verdinglichtes politisches Denken und ihre Mentalität. Die Phänomene, die sie beschreibt, sind teils Erbe der polnischen Kultur, teils Abwehrmechanismen gegen den Partei-Staat, die sich aber in der revolutionären Aufbruchphase nach dem August 1980 als hinderlich bei der Ausarbeitung einer kohärenten politischen Strategie und Praxis erwiesen haben. Sie analysiert, wie sich diese Bewußtseinsstrukturen in der Praxis der vorrevolutionären Situation veränderten, partiell aber auch verhärteten. Dieser Artikel wird ergänzt durch den Beitrag von J. Staniszkis in dem von Anna-Jutta Pietsch herausgegebenen Polen-Band, der in diesen Monaten bei »SOAK« in Hannover erschienen ist, und dessen parallele Lektüre nur empfohlen werden kann.

Von verschiedenen Seiten wird als Ausweg aus der ökonomischen Misere in Polen das »jugoslawische Modell« propagiert. *Hansgeorg Conert* zeigt, daß dabei Illusionen verbreitet werden. Seine Analyse des Entwicklungsweges und der außenwirtschaftlichen Beziehungen Jugoslawiens seit Anfang der 60er Jahre belegt, wenngleich auf fortgeschrittenerem Niveau, die gleiche Zyklizität von Dezentralisierung/Zentralisierung, Markt und staatlichen Eingriffen, wie in den RgW-Staaten. Einen Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten hat auch die jugoslawische Führung nicht gefunden. Ihr Bonus ist der höhere Legitimationsgehalt des politischen Systems.

Als zweiten Schwerpunkt haben wir, wie in fast jedem der letzten Hefte, die Entwicklung der USA im internationalen System gewählt. Diese Schwerpunktsetzung bedarf angesichts der gegenwärtigen Situation keiner weiteren Rechtfertigung. *Michael Lucas* analysiert die klassenpolitische Entwicklung, die zu dem Aufstieg und der gegenwärtigen Krise des »Reaganismus« führte. Er zeigt, wie das liberale Kalte-Kriegs-System zu dem Zeitpunkt schei-

Die polnische Soziologin *Jadwiga Staniszkis*, Dozentin für Soziologie an der Universität Warschau und Beraterin der »Solidarność«, analysiert in ihrem Beitrag (zu dessen Abdruck wir – aus naheliegenden Gründen – ihr Einverständnis nicht einholen konnten) die Entwicklung des Bewußtseins der polnischen Arbeiterklasse. Im Unterschied zu vielen vor- schnellen Idealisierungen dieser Klasse, die jetzt auf den Markt drängen, versucht sie Bewußtseinsbarrieren und Ansätze zu ihrer Überwindung sichtbar zu machen. Sie analysiert die semantischen Kompetenzen, die dieser Arbeiterklasse zur Verfügung standen und stehen, ihr in Teilen verdinglichtes politisches Denken und ihre Mentalität. Die Phänomene, die sie beschreibt, sind teils Erbe der polnischen Kultur, teils Abwehrmechanismen gegen den Partei-Staat, die sich aber in der revolutionären Aufbruchphase nach dem August 1980 als hinderlich bei der Ausarbeitung einer kohärenten politischen Strategie und Praxis erwiesen haben. Sie analysiert, wie sich diese Bewußtseinsstrukturen in der Praxis der vorrevolutionären Situation veränderten, partiell aber auch verhärteten. Dieser Artikel wird ergänzt durch den Beitrag von J. Staniszkis in dem von Anna-Jutta Pietsch herausgegebenen Polen-Band, der in diesen Monaten bei »SOAK« in Hannover erschienen ist, und dessen parallele Lektüre nur empfohlen werden kann.

Von verschiedenen Seiten wird als Ausweg aus der ökonomischen Misere in Polen das »jugoslawische Modell« propagiert. *Hansgeorg Conert* zeigt, daß dabei Illusionen verbreitet werden. Seine Analyse des Entwicklungsweges und der außenwirtschaftlichen Beziehungen Jugoslawiens seit Anfang der 60er Jahre belegt, wenngleich auf fortgeschrittenerem Niveau, die gleiche Zyklizität von Dezentralisierung/Zentralisierung, Markt und staatlichen Eingriffen, wie in den RgW-Staaten. Einen Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten hat auch die jugoslawische Führung nicht gefunden. Ihr Bonus ist der höhere Legitimationsgehalt des politischen Systems.